

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	61 (1982)
Heft:	9
Artikel:	Die Friedensbewegung in den USA : Volksbewegung auf breiter Basis
Autor:	Bloch, Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-339892

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Friedensbewegung in den USA

Volksbewegung auf breiter Basis

Bei einer Friedenskundgebung in Philadelphia im März 1982 verlangte John Kardinal Krol, der römisch-katholische Erzbischof, vor 15'000 Demonstranten die Abschaffung der Atomwaffen. In einem Interview sagte er kürzlich: «Ich spreche über Atom-Abrüstung; aber der Grundsatz ist der, dass Zerstörung, ob durch atomare oder konventionelle Waffen, ein Verbrechen gegen Gott und Menschen darstellt. In manchen Bombenangriffen auf Städte im letzten (Welt-)Kriege wurden grosse Teile der Bevölkerung vernichtet. Das überschreitet das legitime Recht der Notwehr; und ich bin für Notwehr.»

Der in kirchlichen Angelegenheiten konservative Kardinal erinnert daran, dass er seit 1969 wiederholt öffentlich für Abrüstung eingetreten ist. Raymond G. Hunthausen, der katholische Erzbischof von Seattle, geht sogar so weit, dass er die Hälfte seiner Einkommenssteuer als Protest gegen die Herstellung von Atomwaffen einbehalten will. Dagegen darf man den Erzbischof von New York, Kardinal Cooke, bis jetzt nicht zur Friedensbewegung rechnen.

Die Kirchen sind in Amerika nach wie vor Faktoren der Meinungsbildung. Die Hexenjagd gegen die «Roten» in der Truman-McCarthy-Aera vor dreissig Jahren wurde zuerst von einer Anzahl von Akademikern und protestantischen Geistlichen öffentlich mit einiger Wirksamkeit bekämpft. Die Rolle der protestantischen Kirchen (mancher, keineswegs aller) ist auch in der amerikanischen Friedensbewegung nicht unerheblich, wobei man freilich beachten muss, dass es sich um keine einheitliche Stellungnahme handelt. Von der Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Ruf nach einem blosen Einfrieren der Atomrüstungen auf ihrem gegenwärtigen Stand und einer Einschrän-

kung des Rüstungshaushalts der Vereinigten Staaten sind mehrere Varianten vertreten. Z.B. hat das «Union Theological Seminary» in New York ein Inserat in die Presse gesetzt, das die Verschwendung des Reichtums der Staaten der Welt an Rüstung verurteilt, sich aber doch damit begnügt, das «Einfrieren, die Verminderung und schliesslich Abschaffung von Atomwaffen» zu verlangen. Das Einfrieren auf dem gegenwärtigen atomaren Rüstungsstand würde indes bedeuten, dass die Weltmächte immerhin eine weit mehr als genügende Menge von Atomwaffen besitzen, um die Erde unbewohnbar zu machen. Das Hinausschieben einer «schliesslichen» Abschaffung dieser Waffen lässt die Möglichkeit ihrer Benutzung für eine unbestimmte, längere Zeit offen. Aber die lebhafte Abrüstungsdebatte ist doch ein erster Schritt.

Innerhalb der protestantischen Kirche, die in den USA ja viele Richtungen aufweist, besteht aber auch die Tendenz zur Ablehnung der Friedensbewegung und zur Unterstützung von Präsident Reagans Aufrüstungspolitik. Das alte Wort «Wenn du den Frieden willst, dann bereite den Krieg vor»,

dessen Unzuverlässigkeit, ja Ungültigkeit von der Geschichte wiederholt bewiesen wurde, hat viele Anhänger, z.B. gerade in der sogenannten «moralischen Mehrheit», die weder moralisch, noch die Mehrheit des Volkes ist, aber in weiten Teilen der USA über eine zahlreiche Gefolgschaft verfügt, sowie über viel Geld und eigene Fernseh- und Rundfunksendungen. Die mit Reagan verbündete «moralische Mehrheit» mag mit ihrem bornierten, pseudoreligiösen Fanatismus im liberalen New York lächerlich anmuten, hat in anderen Landesteilen aber mehr Gewicht. Auch unter jenen, die der «moralischen Mehrheit» fernstehen, findet man vielfach noch die Ansicht, Amerika müsse weiter aufrüsten, um nicht von den Russen überholt zu werden, bzw. um den vermeintlichen sowjetischen Vorsprung aufzuholen.

Im April 1982 hat Verteidigungsminister, Caspar W. Weinberger, eine inzwischen inhaltlich bekannt gewordene vertrauliche Verteidigungsanweisung gutgeheissen, die Amerikas Vorbereitung für einen Atomkrieg für nötig erachtet, so dass die USA «der Sowjetunion infolge des Übergewichts amerikanischer Kernwaffen eine Beendigung der Feindseligkeiten möglichst früh zu Bedingungen, die für die USA günstig sind, aufzwingen könnten». (New York Times, 4. Juni 1982) Anderseits gab der gleiche Caspar W. Weinberger am 4. Juni zu, Präsident Reagans Programm, 180 Milliarden Dollar für die weitere Atomwaffen-

Aufrüstung auszugeben, bedeute nicht, man könne einen Atomkrieg gewinnen. Der Widerspruch ist offensichtlich. Die alles andere als radikale amerikanische Nachrichtenagentur United Press International (UPI) hat über die antiatomare Aktion einen Bericht mit folgenden Worten eingeleitet: «Alte und Junge, Liberale und Konservative, Oberschicht und Proletariat, — die anti-atomare Bewegung behauptet, dass die Atombomben sterben müssen, damit der Mensch lebe.»

Eine gefährliche Illusion

Die amerikanische Akademie der Wissenschaften hat darauf hingewiesen, dass ein Atomkrieg die Hälfte des Ozons der Atmosphäre, die das Leben schützt, in der nördlichen Halbkugel und 30 Prozent des Ozons in der südlichen zerstören würde. Trotz alldem gibt es in Amerika noch Militärs, die an die Möglichkeit eines Sieges in einem begrenzten Atomkrieg glauben. Der Physiker Howard Kendall vom Massachusetts Institute of Technology, der führenden technischen Hochschule Amerikas, Vorsitzender der «Vereinigung besorgter Wissenschaftler», nennt die Idee eines begrenzten Atomkriegs eine gefährliche Illusion.

Immerhin wäre es heute nicht mehr möglich, der amerikanischen Bevölkerung die lächerlichen Massnahmen des zivilen Luftschutzes der fünfziger Jahre als Schutz im Falle eines Atomkrieges vorzutäuschen. Die damalige Verharmlosung des Atomkriegs und der Atombombenversuche liess sich nicht mehr aufrechterhalten, nachdem Albert Schweitzer schon 1957 zur Einstellung der Atomversuche aufgerufen hatte. Danach kam die erste Bewegung gegen die Atomwaffen ins Rollen. Andere moralische und

wissenschaftliche Autitäten schlossen sich Schweitzers Forderung an. Auch in Amerika wurden Stimmen laut, die nicht überhört werden konnten. Unter dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung, kam es dazu, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich einigten, die atomaren Versuchsexplosionen über der Erdoberfläche einzustellen. Noch heute aber ist die amerikanische Regierung nicht bereit, eine Statistik der Schäden an Leben und Gesundheit zu veröffentlichen, welche die Einwohner Nevada und anderen Staaten und die an den Versuchen Beteiligten erlitten haben. Trotzdem ist aber manches über die Wirkung der 126 Atombomben bekannt geworden, die in den fünfziger Jahren in Nevada gezündet wurden, einschliesslich der damit zusammenhängenden schweren Erkrankungen. Die Zahl der auf Westeuropa gerichteten Sowjet-Atomraketen und vor allem die von Reagan betriebene gewaltige Steigerung der amerikanischen Atomrüstung, die zur Kürzung der Sozialausgaben geführt und ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den USA auf 9,5 Prozent auch nicht verhindern konnte, haben die Erneuerung der Friedensbewegung ausgelöst, die in den sechziger und siebziger Jahren vor allem gegen den Vietnamkrieg gerichtet war. Die amerikanische Regierung hielt eine Generation lang den Dokumentarfilm unter Verschluss, den die japanische Regierung wenige Tage nach den Bombardierungen von Hiroshima und Nagasaki herstellen liess. Von Erik Barnouw bearbeitet und herausgebracht, ist der Film jetzt vom New Yorker nicht-kommerziellen Fernsehsender «Channel 13» im Rahmen einer Sendereihe zur Abrüstungsfrage anlässlich der Abrüstungssession der Vereinigten Nationen gezeigt worden. Auch

wenn die UNO nicht viel erreichen konnte, wurde die Friedensbewegung doch ermutigt. Dass man sich nicht ausschliesslich auf Atomwaffen beschränken darf, deutet «Channel 13» u.a. mit einer Sendung über die gleichfalls existierende Gefahr einer chemischen oder bakteriologisch-biologischen Kriegsführung an.

Was das Volk tut, zählt

Die Friedensbewegung in Amerika ist in Aufbau und Zielsetzung vielschichtig. Die Sendereihe des «Channel 13» beschäftigt sich z.B. auch mit der Debatte im Staatsparlament von New Jersey, dem ein Antrag vorliegt, mit den regulären Wahlen im November 1982 eine Volksbefragung über die Einfrierung der Entwicklung von Atomwaffen zu verbinden. Senator Edward M. Kennedy (Massachusetts) und Senator Mark O. Hatfield (Oregon) haben die Forderung nach Einfrierung in den amerikanischen Senat getragen, unterstützt von Senator John Glenn (Ohio), dem früheren Astronauten. Bei der Abstimmung im aussenpolitischen Ausschuss des US-Senates am 9. Juni wurde eine Gegenresolution der Reagan-Anhänger mit 11 gegen 4 Stimmen angenommen, die sich damit begnügt, den Präsidenten aufzufordern, die beiden Abkommen mit der Sowjetunion über die Begrenzung strategischer Waffen solange aufrechtzuerhalten wie Moskau. Damit ist aber nichts gegen die erhöhten Rüstungsausgaben und die von der Reagan-Regierung eingeführten neuen Waffensysteme wie die MX- und die Trident-D-5-Raketen gesagt. Senator Paul E. Tsongas (Massachusetts) äusserte sich wie folgt in der Debatte im Senatsausschuss: «Was wir hier tun,

ist belanglos. Was zählt ist, was das Volk tut. Das Volk wird den Druck auf die Regierung zugunsten der Rüstungskontrolle verstärken.» So hat die Bewegung zugunsten einer Einfrierung zugenommen. Die «New York Times» schreibt dazu, in den Kreisen, die sich mit Rüstungskontrolle befassen (d.h. in Regierungskreisen), werde die Friedensbewegung skeptisch betrachtet. (Natürlich!) John Isaacs, der Direktor für Fragen der Gesetzgebung im «Council for a Livable World», einer Friedensorganisation, die in Washingtons parlamentarischen Kreisen tätig ist, nannte die Senatsresolution einen «typischen Brei...»

In den USA handelt es sich bei der Rüstungs-, bzw. Abrüstungsdebatte nicht um einen Gegensatz zwischen Demokraten und Republikanern. Die amerikanische Friedensbewegung ist nicht eine politische Partei, vielmehr verläuft die Trennungslinie quer durch die Parteien, auch wenn bei den Republikanern bis jetzt die Reagan-Anhänger stark überwiegen. Immerhin ist Senator Hatfield, der schon in den fünfziger Jahren nach Albert Schweitzers Aufruf gegen die atomaren Versuchsexplosionen auftrat, Republikaner. Und zu den imperialistischen Scharfmachern und Aufrüstungsanhängern zählt von jeher der demokratische Senator Henry M. Jackson (Washington). Die Spaltung innerhalb der Demokraten übertrifft jene der Republikaner. Unter den Politikern sind die meisten Verteidiger irgendwelcher Abrüstungsmassnahmen auf dem liberalen Flügel der Demokraten zu finden; aber ohne die Unterstützung einer Reihe von demokratischen Parlamentariern wäre es anderseits Reagan nicht gelungen, sein Aufrüstungsbudget von 215 Milliarden Dollar für 1983 bei Streichung vieler Sozialaus-

gaben durch den Kongress zu bringen. Man vergesse nicht, dass der Demokrat Lyndon Johnson, der Präsident des Vietnam-Krieges war. Eine Idealisierung der Demokratischen Partei, zu der man in der Roosevelt-Area in Europa neigte, wäre unangebracht.

Keine organisatorische Einheit

Auch in der amerikanischen Friedensbewegung findet man keine programmatische Übereinstimmung oder eigentliche organisatorische Einheit. Aber sie ist doch ungleich besser organisiert als die radikalen Bewegungen der sechziger Jahre, ist zu wohlvorbereiteten Massenkundgebungen imstande und umfasst bereits so viele Bürger, dass prominente Politiker es wagen sich mehr oder weniger zu ihr zu bekennen, die sonst abseits stehen würden. Gewiss sind die Meinungen dieser Herren recht schüchtern. Amerika solle sich verpflichten, nicht als Erster die Atomwaffe zu gebrauchen, verlangen Mc George Bundy, der frühere nationale Sicherheitsberater, George F. Kennan, der frühere US-Botschafter in Moskau, Robert McNamara, der frühere Verteidigungsminister und Gerard Smith, der frühere Delegationschef bei den SALT-Verhandlungen. Senator Edward M. Kennedy ist der amerikanische Politiker, der am ehesten als (inoffizieller) Oppositionsführer gelten könnte; er ist trotz seines begrenzten Programms (das ihm einen möglichst breiten Anhang sichern soll) eine unentwegte Stimme gegen Atomrüstung, für verminderter Rüstungsaufwendungen und für erhöhte Sozialausgaben. Der frühere Staatssekretär Cyrus R. Vance hat sich jene europäischen Politikern angeschlossen, die eine atomfreie Zone in Europa befürworten.

Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Künstler

Neben amerikanischen Politikern gibt es auch Juristen, Ärzte, Wissenschaftler und Künstler, die sich zu Organisationen gegen den atomaren Wahnsinn zusammengeschlossen haben. Ein Komitee amerikanischer, europäischer und japanischer Rechtsanwälte und Rechtsgelehrter hat im Juni erklärt, dass die Herstellung und der Gebrauch von Atomwaffen den seit langem geltenden Grundsätzen des Völkerrechts widersprechen. 400 Sozialwissenschaftler aus den USA und andern Ländern trafen sich ebenfalls im Juni in der New Yorker Universität, um zu erörtern, wie sie helfen könnten, das Wettrüsten zu beenden. Die Folgen eines Abwurfs einer Atombombe auf eine amerikanische Stadt untersuchte eine Konferenz der «Ärzte für soziale Verantwortung» in San Francisco. Die Stadt New York hat es abgelehnt, einen von der Reagan-Regierung gewünschten Plan zur Räumung der acht Millionen Menschen im Falle eines Atomkrieges auszuarbeiten, weil die Räumungsidee hoffnungslos unrealistisch ist... Unter den amerikanischen Künstlern steht die Schauspielerin Jane Fonda als Friedenskämpferin nicht allein da. Rund 650 Künstler veröffentlichten im Juni einen ganzseitigen Aufruf für die beidseitige Einfrierung der Atomwaffen, die Beendigung des Rüstungswettkampfs und «sofortige, einfallsreiche Verhandlungen» in dem «New York Times». Doch die Zahl der zur Friedensbewegung gehörenden amerikanischen Künstler und Schriftsteller ist weit grösser. Nicht nur die nicht-kommerziellen Fernseh- und Rundfunksender, sondern z.B. auch der populäre Fernsehkanal 4 der NBC in New York berichten in beson-

deren Programmen über Rüstungs- und Atomwaffenfragen.

Wo steht der US-Arbeiter?

Wie aber denken die amerikanischen Arbeiter? Es besteht kein Zweifel, dass eine Mehrheit die Wirtschafts- und Sozialpolitik Reagans mit Sorge verfolgt und in irgendeiner Form mit der Friedensbewegung sympathisiert. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung als solche verhält sich mit einigen Ausnahmen bis jetzt ziemlich still. Die konservative Haltung der meisten amerikanischen Gewerkschaftsführer und die weitgehende Bürokratisierung der meisten Gewerkschaften in den USA sind gewichtige Hindernisse bei der Mobilisierung der Arbeiter für die Friedensbewegung. Man muss den Unterschied zwischen den europäischen und den meisten amerikanischen Gewerkschaften von heute nicht etwa mit dem Dynamismus der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung der dreißiger Jahre gleichsetzen. Die US-Gewerkschaften nahmen auch an der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg nicht teil, z.T. traten sie sogar für den Krieg ein. Selbstverständlich wehrt sich die Gewerkschaftsbewegung gegen die empfindliche Kürzung der Sozialausgaben unter Reagan. Was jedoch fehlt, ist der deutliche Hinweis, dass die Streichung von Sozialausgaben zugunsten der Steigerung der Aufrüstung erfolgt ist, diese sich aber keineswegs in einer erhöhten Arbeitsbeschaffung auswirkt und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht verhindert hat. Allerdings wandten sich auf lokaler Ebene verschiedene Gewerkschaften der Friedensbewegung zu. Das Fehlen einer sozialistischen Massenpartei und einer starken sozialistischen Tradition in Amerika hat die Mentalität und

Politik der Gewerkschaften wesentlich beeinflusst. Der US-Kapitalismus hat die verschiedenen Volksgruppen Amerikas (z.B. die jüdisch-amerikanische, die irisch-amerikanische, die italo-amerikanische, die polnisch-amerikanische, die spanisch-amerikanische, die schwarze usw.) seit dem 19. Jahrhundert zur Verhinderung einer echten proletarischen Klassensolidarität wiederholt indirekt gegeneinander ausgespielt. Die scheinbaren Gegensätze zwischen verschiedenen Volksgruppen entsprechen dabei im Allgemeinen den Spannungen zwischen den sozialen Schichten.

Das verhältnismässig geringe Interesse der schwarzen Nationalisten für die Friedensfrage, ihre Beschränkung auf die unmittelbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Neger in Amerika und auf den Fortschritt der «Dritten Welt» und ihr Einfluss unter den Schwarzen sind der Friedensaktion in den schwarzen Gemeinden nicht eben günstig; aber schwarze Friedenskämpfer wie Coretta Scott King, die Witwe Martin Luther Kings, tragen doch stark zum Aufrütteln der öffentlichen Meinung auch unter Schwarzen bei. Übrigens sollen die Namen prominenter Männer nicht darüber täuschen, dass sehr viele Frauen in der amerikanischen Friedensbewegung an verantwortlicher Stelle tätig sind und die fortgeschrittene Emanzipation der amerikanischen Frau dabei als positiver Faktor ins Gewicht fällt.

Ist auch die Frage der Atomwaffe die vordringlichst für die Friedensbewegung, so darf nicht vergessen werden, dass es nicht allein die Atomrüstung gibt, sondern seit 1945 in vielen Ländern unendlich viel Leid und Elend durch «kleine» Kriege mit konventionellen Waffen angerichtet worden ist. Die

Friedensbewegung muss schliesslich über die Frage der Atomwaffe hinausgehen.

Eine echte Volksbewegung

Die amerikanische Friedensbewegung, in welcher sogar die jüngste Tochter des Präsidenten tätig ist, kann selbst von Ronald Reagan nicht verdächtigt werden, ein kommunistisches Instrument zu sein; denn die schwache Kommunistische Partei der USA ist seit langem nicht mehr imstande, irgendwelchen Einfluss auszuüben und Front-Organisationen vorzuschieben. Dass es sich um eine echte Volksbewegung handelt, wurde von den Kundgebungen in vielen amerikanischen Städten am 12. Juni 1982 bewiesen, besonders in New York, wo die grösste Demonstration in der Geschichte Amerikas stattgefunden hat. Dreizehn Friedensorganisationen hatten die Initiative ergriffen; dreizehn weitere gesellten sich ihnen bei. Stark war unter den Veranstaltern die Beteiligung der Kirchen. Bedeutsam war in New York auch die Beteiligung der Schwarzen, wobei es sich hauptsächlich um die Anhänger Martin Luther Kings handelte, dessen Witwe eine der Rednerinnen des Friedenstags war. 2000 Autobusse brachten auswärtige Friedensaktivisten nach New York, wo insgesamt 700'000 marschierten oder den Rednern, von der New Yorker Stadtratsvorsitzenden Carol Bellamy bis zu Schauspieler Orson Welles, dem Leiter der Einfrierungs-Aktion Randall Forsberg, den Politikern aus Afrika und El Salvador sowie den musikalischen Darbietungen im Central Park lauschten. War naturgemäß auch die Jugend zahlreich vertreten, so sah man doch eine Menge Männer und Frauen in mittleren und fortgeschrittenen Jahren. Die

Kundgebung richtete sich gegen das atomare Wettrüsten. Sie ging in bemerkenswerter Ordnung vonstatten und — wie ein Geistlicher hervorhob — ohne die Gehässigkeit mancher Demonstrationen während des Vietnamkriegs. Ebenso fehlte das mehr anarchische Hippie-Wesen der sechziger Jahre. Diesmal handelte es sich um eine Volksbewegung auf breiterster Basis, einen eigentlichen Ausdruck des Lebenswillens.

Mögen Klarheit und Mut in der Zielsetzung auch noch zu wünschen übrig lassen, Reagan und Weinberger können sich über das Erwachen und die Entschlossenheit eines wachsenden Grossteils des amerikanischen Volkes nicht täuschen. Ich möchte mit Albert Schweitzers Worten von 1957 schliessen: «Es ist zu hoffen, dass die in Gang befindliche Auseinandersetzung nicht mehr zur Ruhe kommt...»

weil sie überhaupt den Glauben an die Politik und die Politiker verloren haben. Diese Verunsicherung, diese Resignation unserer Wähler hat viele Ursachen. Es wäre falsch den Finger auf ein Ereignis, auf einen bestimmten politischen Entscheid oder gar auf einzelne Personen legen zu wollen. Wohl haben die Auseinandersetzungen in der Stadtpartei das Stimmungsbild geprägt und damit auch die Wahlen in manchen Landgemeinden beeinflusst. Diese Streitereien zwischen Mandatsträgern und Parteiverantwortlichen, zwischen Partei und Gewerkschaftskartell und zwischen mehr oder weniger gut organisierten Parteiflügeln hätten sicher mit etwas mehr Solidarität besser bewältigt werden können, wenn dahinter nicht grundlegende Probleme unserer Bewegung und unserer Zeit stecken würden.

Grundsatzzerklärung für die SP des Kantons Zürich

An der Wende

Von Martin Lenzlinger, Präsident

Die nächsten zwei Jahre werden für unsere Partei eine schwierige Zeit sein. Auf diejenigen von uns, die in Geschäftsleitung und Parteivorstand einen Teil der Verantwortung für die SP des Kantons Zürich übernehmen wollen, wartet eine anspruchsvolle Aufgabe. Ich denke dabei nicht nur an die Konsequenzen aus den vergangenen Wahlen, die innerparteilichen Auseinandersetzungen und die Gefahr einer Parteispaltung, an die Wahlen vom nächsten Jahr, sondern auch an die Rezession, von der Teile der schweizerischen Wirtschaft immer stärker betroffen sind. Nicht zuletzt wird uns die finanzielle Krise unserer Zeitung, des «Volksrecht» beschäftigen. Diese Probleme können wir nur erfolgreich angehen, wenn die Parteigremien versuchen, die politischen und historischen Zusammenhänge zu sehen, Prioritäten zu setzen und schliesslich auch Einfluss zu nehmen auf die Geschicke unserer Partei. Am meisten zu Gedanken Anlass gegeben haben in den letzten Monaten die Niederlagen

der SP bei den Wahlen. Und niemand wird bestreiten, dass wir in den Städten und den meisten Landgemeinden Niederlagen erlitten haben. Die Tatsache, dass die SP auch in anderen Kantonen mit unterschiedlichen politischen Voraussetzungen Wahlen verloren hat, und dass den Sozialisten in vielen Ländern die politische Bise ins Gesicht bläst, darf uns nicht daran hindern, die Situation unserer Partei im Kanton Zürich gründlich zu überdenken. Wenn Wahltag Zahltag ist, dann haben wir nicht nur in unserer Partiekasse ein Defizit. Wir haben offensichtlich auch ein Manko an Glaubwürdigkeit bei unseren Stammwählern, die am Wahltag zu Hause geblieben sind. Sie haben sich nicht durch die giftigen Kroksse der Freisinnigen, noch durch die «Ruhe und Ordnung»-Parolen der SVP verführen lassen; sie haben ganz einfach die Stimmzettel in den Papierkorb geworfen, auch die Liste der SP, weil sie nicht mehr wussten, was eigentlich eine Stimme für unsere Partei bewirken würde, oder